

Grundsatzprogramm BAG Queer





Inhaltverzeichnis:

1. Einleitung	3
2. Gesetzliche Gleichstellung und Schutz.....	4
3. Gesundheit.....	5
4. Familie, Fortpflanzung und Adoptionsrecht	7
5. Inklusion, Vielfalt und Diversität.....	9
6. Seniorenpolitik	11
7. Antidiskriminierungsmaßnahmen	12
8. Internationale Menschenrechte	14
9. Aufklärung und Bildung	15
10. Selbstbestimmung und Sicherheit	16
11. Europapolitik.....	17



1. Einleitung

Die BAG Queer ist die Interessenvertretung lesbischer, schwuler, bisexueller, trans-, intersexueller und queerer Menschen (LSBTIQ*) der FREIE WÄHLER Bundesvereinigung. Heterosexuelle Menschen lädt die BAG Queer dazu ein, sich gemeinsam mit ihr für ein diskriminierungsfreies menschliches und soziales Miteinander zu engagieren, damit alle, unabhängig von ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität, als Mitglieder unserer demokratischen und offenen Gesellschaft geschätzt und geachtet werden.

Im Zentrum unserer Arbeit steht der Respekt gegenüber allen Menschen, unabhängig von Geschlecht, körperlicher Verfassung, Religion, Ethnie, Staatsangehörigkeit oder sexueller und geschlechtlicher Identität. Liebe und Sexualität sind wertvolle Geschenke an die Menschheit. Die Fähigkeit, Liebe zu empfinden und Sexualität in Liebe auszuleben, ist eine grundlegende menschliche Eigenschaft. Aus dieser Überzeugung heraus setzt sich die BAG Queer für ein gleichberechtigtes und respektvolles Miteinander in unserem Alltag in Deutschland und weltweit ein.

Die offizielle Anerkennung als Bundesarbeitsgemeinschaft der FREIE WÄHLER erfolgte durch Gründung in Kassel am 4. März 2023. Für eine aufstrebende Partei der Mitte ist es essenziell, breite Wählerschichten anzusprechen. Dazu zählt auch die LSBTIQ*-Community. Die BAG Queer wird sich weiterhin für eine breite gesellschaftliche Verwurzelung der FREIE WÄHLER als starke Partei der Mitte einbringen. Die BAG Queer ist nun auch strukturell in Form einer Bundesarbeitsgemeinschaft der FREIE WÄHLER eingegliedert und hat als Organisation die Möglichkeit, Anträge auf Parteitag zu stellen und dort zu reden. Auch in den beschlussfassenden Gremien der Partei ist die BAG Queer nun personell vertreten. Für eine Partei der Basis ist es entscheidend, dass es ihr gelingt, Problemsichten und Anliegen aller Teile der Gesellschaft in angemessener Form in sich aufzunehmen und über die Wege der innerparteilichen Willensbildung Gehör zu verschaffen. Dazu wollen wir als Mitglied der FREIE WÄHLER Bundesvereinigung unseren Beitrag leisten. Ebenso wichtig wie das Wirken der BAG Queer innerhalb der FREIE WÄHLER ist selbstverständlich ihre Funktion als Mitgestalterin in der LSBTIQ*-Community. Ziel ist das Pflegen einer vertrauensvollen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen LSBTIQ*-Organisationen und Verbänden. Denn Toleranz ist keine Einbahnstraße. Toleranz und Akzeptanz dürfen nicht nur eingefordert werden, sondern müssen gerade auch innerhalb und von der Community gelebt werden. Als Demokraten der FREIE WÄHLER sind wir besonders gefordert, für eine offene Gesellschaft einzutreten, in der Diskriminierung nicht nur wegen der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, sondern auch wegen des Alters, Geschlechts, der Hautfarbe, Religion, Körperstatur, des Gesundheitszustands oder aufgrund von Behinderung ausgeschlossen werden muss.

Vielfalt und Partizipation gehören zu den Grundlagen unserer Demokratie. Die Akzeptanz der Vielfalt sexueller Orientierungen, geschlechtlicher Identitäten und individueller Lebensentwürfe entspricht einem modernen und weltoffenen Deutschland. Unser Anspruch als FREIE WÄHLER muss sein, dass die gesamte gesellschaftliche Breite und Vielfalt abgebildet wird und die Interessen möglichst vieler Menschen – einschließlich der Interessen der LSBTIQ*-Gemeinschaft – glaubwürdig vertreten werden. Dafür arbeiten wir als BAG Queer.



2. Gesetzliche Gleichstellung und Schutz

Die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe im Jahr 2017 markiert einen bedeutenden Meilenstein in der Geschichte der Bürgerrechte in Deutschland. Ebenso gerecht und wegweisend war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Dritten Geschlechtseintrag im selben Jahr. Die LSBTIQ*-Community ist inzwischen ein integraler Bestandteil unserer Gesellschaft und fest in ihr verankert. Dennoch gibt es weiterhin viel zu tun – nicht jedes Ziel ist vollends erreicht.

Es bedarf weiterer politischer Maßnahmen, um die Sicherheit und die Rechte der LSBTIQ*-Gemeinschaft wirklich nachhaltig zu stärken. Dazu zählt vor allem der ausdrückliche Diskriminierungsschutz im Grundgesetz. Wir als BAG Queer fordern die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 GG um das Merkmal der sexuellen Identität, wie sie auch bereits in einigen Landesverfassungen umgesetzt wurde. Nicht nur aufgrund der historischen, vielfach tragischen Erfahrungen, insbesondere in der Zeit des Nationalsozialismus und auch im Nachkriegsdeutschland, sondern auch wegen des fortbestehenden Diskriminierungsrisikos in der Gesellschaft ist ein verfassungsrechtlich ausdrücklich abgesicherter Diskriminierungsschutz für LSBTIQ*-Menschen notwendig. Darüber hinaus ginge davon ein wichtiges Signal an die Gesellschaft aus, denn das Grundgesetz und sein Grundrechtekatalog sind für viele Menschen zugleich Orientierungsrahmen und Wertekonsens. In allen gesellschaftlichen Milieus ein Klima zu erreichen und zu erhalten, das die Gleichberechtigung von sämtlichen Lebensweisen anerkennt, verlangt stetes Engagement und Zivilcourage. Ausgrenzungen und Benachteiligungen, Beleidigungen und Gewalt gegenüber anders Lebenden und Liebenden müssen der Vergangenheit angehören. Homosexualität ist keine Krankheit und bedarf keiner Therapie!

Die BAG Queer setzt sich auch für die rechtliche Rehabilitierung der Opfer der ehemaligen § 175 StGB und § 151 StGB-DDR ein und weiterhin für eine angemessene Form der Anerkennung widerfahrenen Unrechts stark. Bis 2011 mussten sich Menschen mit transgeschlechtlicher Identität nach dem bisherigen Transsexuellengesetz für eine Personenstandsänderung sterilisieren lassen. Weitere Zeugnisse staatlicher Repression erfordern aus Sicht der BAG Queer eine klare Entschuldigung und angemessene Wiedergutmachung.

In den letzten Jahrzehnten haben Lesben, Schwule, Bisexuelle, Intergeschlechtliche und Transgeschlechtliche Menschen (LSBTIQ*) in Deutschland bedeutende Fortschritte in Bezug auf persönliche und gesellschaftliche Freiheit erzielt. Immer mehr LSBTIQ* leben selbstbewusst und offen und werden zunehmend akzeptiert. Besonders in den letzten zehn Jahren hat sich Deutschland zu einem noch weltoffeneren, toleranteren und vielfältigeren Land entwickelt.



3. Gesundheit

Im Bereich der Gesundheitspolitik unterstützen wir als BAG Queer die Interessen der LSBTIQ*-Community, sodass zum Beispiel die Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) zur HIV/Aids-Prävention als Kassenleistung zugelassen bleibt. Dies stellt einen wichtigen Meilenstein zum Schutz der gesamten Bevölkerung vor HIV/Aids dar. Wir verstehen HIV/AIDS nicht als reine homosexuelle Krankheit, sondern auch heterosexuelle Menschen sich anstecken und verbreiten können.

Es gibt viele Hinweise darauf, dass die Gesundheitsversorgung noch nicht ausreichend an die Bedürfnisse von LSBTIQ* angepasst ist und es häufig an Fachwissen und Sensibilisierung im Umgang mit LSBTIQ*-spezifischen Gesundheitsthemen fehlt. Die BAG Queer unterstützt daher eine gezieltere Aufklärung im Rahmen der therapeutischen, ärztlichen und zahnärztlichen Aus- und Weiterbildung. Medizinisches und pflegerisches Fachpersonal ist hier ebenso einzubeziehen wie Beschäftigte in Pflegeheimen und anderen Gesundheitseinrichtungen.

Nach Ansicht der BAG Queer stellt der Umgang mit HIV und Aids nach wie vor eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar. Ziel muss neben der Bekämpfung und Ausrottung von HIV/AIDS die Verwirklichung einer Gesellschaft sein, in der HIV-positive und an Aids erkrankte Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Auch der Staat muss seiner Verantwortung gerecht werden. Dazu gehört die Förderung der Erforschung von HI-Viren und deren Bekämpfung ebenso wie die soziale und medizinische Absicherung von Betroffenen. In diesem Bereich unterstützt die BAG Queer die Arbeit der Aids-Hilfen in Deutschland. Sie sind Ausdruck einer solidarischen Hilfe und bedürfen weiterhin einer auskömmlichen Finanzierung und Unterstützung des Staates, die ihnen eine wirkungsvolle Arbeit ermöglicht. Auf dem Gebiet der Aids-Forschung und -Behandlung wurden in den letzten Jahrzehnten enorme Fortschritte erreicht. Moderne Medikation ermöglicht heute Menschen mit einer HIV-Infektion ein fast normales Leben. Mit der Freigabe von HIV-Selbsttests und der Kostenübernahme für die HIV-Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) für Menschen mit einem erhöhten Ansteckungsrisiko sind weitere wichtige Schritte im Kampf gegen die Krankheit unternommen worden. Parallel müssen aber auch die noch weit verbreiteten Vorbehalte in unserer Gesellschaft abgebaut werden. Denn die Angst vor Stigmatisierung und Diskriminierung schreckt noch immer Menschen, die ein HIV-Risiko haben, davon ab, sich testen zu lassen, mit gravierenden gesundheitlichen Folgen. Nur unerkannte und unbehandelte HIV-Infektionen führen heute noch zu schweren Erkrankungen und Übertragungen. Aber auch die Zahl der Spät Diagnosen ist weiterhin hoch und erschwert eine erfolgreiche Behandlung. Als BAG Queer wollen wir jeglicher Stigmatisierung aufgrund einer HIV-Infektion entschieden entgegenwirken.

Aufklärung und Prävention sind und bleiben der wesentliche Schlüssel im Kampf gegen Aids und HIV. Hier leisten die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Aids-Hilfen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesundheitsämter und weitere Ehrenamtliche deutschlandweit wertvolle Arbeit. Auch bei zurückgehenden Infektionsfällen müssen Aufklärung und Bewusstseinsbildung mit Nachdruck weiter betrieben werden. Die BAG Queer fordert daher eine



intensivere Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Grundsätzlich ist eine Ansteckungsgefahr im Alltag faktisch nicht gegeben. Dank guter Medikation können Menschen mit HIV heute im Prinzip dasselbe Leben führen wie jeder andere; ihre Lebenserwartung ist fast identisch mit der Nichtinfizierter. Dennoch konfrontiert ein Outing die Betroffenen oftmals mit Ablehnung, Vorurteilen und Diskriminierung. Dies geschieht nicht nur im persönlichen Umfeld, sondern auch mit negativen Folgen in allen Lebensbereichen, in der Arbeitswelt, im Gesundheitswesen oder in der Versorgung im Alter. Gerade der öffentliche Dienst muss mit gutem Beispiel vorangehen und unbegründete Vorbehalte abbauen. Darauf wollen wir als BAG Queer hinwirken.

Die derzeitige Gesundheitsversorgung von Menschen mit transgeschlechtlicher Identität wird den tatsächlichen Bedürfnissen der Betroffenen nicht gerecht. Insbesondere betrifft dies die mit der Transition einhergehenden gesundheitlichen Bedarfe, die zwar bereits als Regelleistungen gelten, aber dennoch von individuellen Kostenübernahmeanträgen abhängig sind. Letztere stellen eine erhebliche Zugangsbarriere für eine adäquate Gesundheitsversorgung in einer entscheidenden Lebensphase von Menschen mit transgeschlechtlicher Identität dar, die es abzubauen gilt. Um diese hohen Barrieren zu überwinden, bedarf es eines gezielten Kompetenzaufbaus und der Kompetenzbündelung für Trans*Gesundheit bei den bearbeitenden Stellen. Die BAG Queer setzt sich für eine kontinuierliche, verpflichtende medizinisch-psychologische Fortbildung und Sensibilisierung von Beschäftigten der Krankenkassen ein, die über die Kostenübernahme von Gesundheitsleistungen für Menschen mit transgeschlechtlicher Identität entscheiden. Die BAG Queer hält eine weitere Professionalisierung der Beratungs- und Begleitstrukturen von Menschen mit transgeschlechtlicher Identität für erforderlich, insbesondere im Hinblick auf die inhaltliche Angemessenheit der Beratung und ihre starke Orientierung an persönlicher Würde, der Trägerstrukturen, der Möglichkeit zur Prozessstandardisierung und der kontinuierlichen Schulung des Beratungspersonals. Insgesamt sind niedrigschwellige Angebote – von Peer-Group-Beratungen bis zu psychotherapeutischen Maßnahmen – auszubauen und zu stärken. Nach wie vor ist eine Unterversorgung festzustellen.

Im Hinblick auf Geschlechtsdysphorie im Kindes- und Jugendalter ist eine engere Zusammenarbeit von Schulen, Kitas, Vereinen, Trägern und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und dem Gesundheitswesen notwendig. Kinder und Jugendliche mit transgeschlechtlicher Identität wollen wir somit stärken und steigendem Leidensdruck durch Selbstverleugnung oder negative Reaktionen des sozialen Umfelds und einhergehenden psychischen Folgen wie Depressionen und erhöhter Suizidalität entgegenwirken. Wichtige Anlaufstellen sind in diesem Kontext beispielsweise die an verschiedenen Universitätskliniken angesiedelten Ambulanzen für Trans* und Geschlechtsdysphorie im Kindes- und Jugendalter und ähnliche Einrichtungen, die wir in ihrer Aufgabenwahrnehmung unterstützen wollen.



4. Familie, Fortpflanzung und Adoptionsrecht

Ganzheitliche Familienpolitik muss immer von den Kindern aus gedacht werden. Das Wohl der Kinder muss uns leiten. Genau deshalb haben wir in unserem Werben für das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare immer betont, dass es nicht um ein vermeintliches Recht von Erwachsenen auf ein Kind geht – sondern ausschließlich um das Recht der Kinder auf die bestmöglichen Eltern. Und die segensreiche Rolle, die gleichgeschlechtliche Eltern in Adoptions- und Pflegefamilien für Kinder übernehmen, kann aus unserer Sicht gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Für uns als BAG Queer stehen insgesamt grundlegende Kinder- und Menschenrechte über den individuell nachvollziehbaren Wünschen von einzelnen Erwachsenen. Wir unterscheiden daher bei der Kinderwunschbehandlung zwischen dem theoretisch Möglichen und ethisch Vertretbaren. Das heißt: Die Bereitschaft von Menschen, elterliche Verantwortung in herkömmlichen oder neuen Familienformen zu übernehmen, verdient Unterstützung und Anerkennung.

Familie ist für uns überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Für uns als BAG Queer ist dabei klar, dass das Geschlecht und die sexuelle Orientierung der Eltern für Kinder nicht maßgebend sind. Gleichgeschlechtliche Elternpaare, intergeschlechtliche Eltern und Eltern mit transgeschlechtlicher Identität können alles, was verschiedengeschlechtliche Eltern auch können. Wir werben für die uneingeschränkte Akzeptanz von Regenbogenfamilien. Familien sind nicht nur vielfältig, sie leben auch vielfältig, funktionieren unterschiedlich. Deshalb darf unserem Verständnis nach die Politik in einer freien und offenen Gesellschaft nicht vorschreiben, wie die Menschen zu leben haben.

Insgesamt ist für uns als BAG Queer klar: Was für heterosexuelle Paare an Kinderwunschbehandlungen rechtlich möglich ist, muss auch für gleichgeschlechtliche Paare möglich sein. Wir fordern hier Gleichstellung. Dies betrifft insbesondere die Familiengründung durch Samen- und Embryonenspende. Kinder in gleichgeschlechtlichen Ursprungsfamilien sollen genauso das Recht haben, von Geburt an durch zwei rechtliche Elternteile abgesichert zu sein. Entschließen sich also zwei Frauen, die in einer Ehe oder eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, gemeinsam eine Familie zu gründen, so sollen die Gebärende und ihre Frau von Geburt an automatisch rechtliche Eltern des Kindes sein, sofern die Einwilligung des biologischen Vaters vorliegt oder – im Falle einer Samenspende – angenommen werden kann. Gründen wiederum zwei Männer, die in einer Ehe oder eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, mithilfe einer Leihmutter eine Familie, soll der Mann des leiblichen Vaters von Geburt an rechtlicher Vater sein können, sofern die Einwilligung der biologischen Mutter vorliegt oder etwa in der ausländischen Geburtsurkunde keine Mutter eingetragen ist.

Aber Vielfalt und Verantwortung gehören für uns zwingend zusammen. Vielfalt heißt für uns, die Vielfältigkeit der Familienformen zu sehen und anzuerkennen. Damit Vielfalt aber auch für alle zur Bereicherung werden kann, braucht es Verantwortung. Eigenverantwortung und Selbstbestimmung müssen Hand in Hand gehen mit der Verantwortung gegenüber den Mitmenschen – vor allem gegenüber den Kleinsten. Im Mittelpunkt jeder Familien- und Gesellschaftspolitik stehen für uns die Kinder. Als BAG Queer sehen wir die Familie im Mittelpunkt der Gesellschaft. Als



generationenübergreifende Verantwortungsgemeinschaft hat sie einen ebenso unschätzbaren wie unverzichtbaren Wert für das Zusammenleben und die Zukunftsfähigkeit der staatlichen Gemeinschaft.

Fortpflanzungsmedizin soll Paare dabei unterstützen, gemeinsame Kinder zu bekommen. Sie darf nicht – durch die Hinzuziehung Dritter – die Gemeinsamkeit der Elternschaft auflösen und verfremden. Dies ist insbesondere bei Eizellspenden der Fall, weil hier die Eizelle einer anderen Frau eingepflanzt wird, wo sie auf natürlichem Wege nicht herangewachsen wäre. Hinzu kommt: Während etwa bei der Samenspende die Aufteilung in biologische und soziale Elternschaft klar ist, sind bei der Eizellspende sowohl die genetische als auch die leibliche Mutter biologisch existenziell. Diese Aufspaltung empfinden einige Spenderkinder als deutliche Herausforderung für das eigene Selbstbild. Nicht zuletzt deshalb lehnen wir kommerzielle Leihmutterschaft ab und stehen auch eng begrenzten, rein altruistisch motivierten Ausnahmen der Leihmutterschaft kritisch gegenüber. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass es ein Recht darauf gibt, die eigene Abstammung zu kennen. Dies ergibt sich aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht, das im Grundgesetz geschützt ist. Samenspender haben demnach kein Recht auf Anonymität. Wir unterstützen ausdrücklich diese Stärkung der Kinderrechte sowie jegliche in diesem Sinne noch vorzunehmenden Nachbesserungen zugunsten der Spenderkinder.

Entscheidend für die Beurteilung der in Deutschland legalen heterologen Insemination ist aus unserer Sicht, wie offen und verantwortlich die rechtlichen Eltern – aber auch der Samenspender – mit den Auskunftsansprüchen und den damit einhergehenden Bedürfnissen des Kindes umgehen. Entsprechend setzen wir uns für eine verpflichtende psychosoziale Beratung sowohl für die rechtlichen Eltern als auch für den Spender ein, damit diese wissen, welche besondere Verantwortung sie bei einer solchen Familiengründung übernehmen. Bei der Embryonenspende, die ebenfalls als Embryonenadoption bezeichnet wird, werden die bei In-vitro-Fertilisationen entstandenen überzähligen Embryonen an andere als die genetischen Eltern weitergegeben. Als BAG Queer begrüßen wir es, wenn lebensfähigen Embryonen eine Chance zum Weiterleben ermöglicht wird und den dann geborenen Kindern auch eine Familie und ein Zuhause gegeben werden kann. Um jede unangemessene Instrumentalisierung Dritter auszuschließen, lehnen wir auch bei der Embryonenspende die Kommerzialisierung strikt ab.

Wir halten es für dringend geboten, dass mit einer Reform des Familienrechts der gesellschaftlichen Realität Rechnung getragen wird. Vorstellbar ist für uns die Möglichkeit einer Familienvereinbarung mit abgestuften Rechten der Eltern. Denn unabhängig von rechtlichen oder gesellschaftlich-normativen Festlegungen verwirklichen Menschen längst mit viel Kreativität und gegen Widerstände ihren Kinderwunsch. Eine gleichberechtigte Mehrelternschaft aller Elternteile lehnen wir daher ab.



5. Inklusion, Vielfalt und Diversität

Inklusion erfordert nicht allein die Anerkennung durch die Anderen, sondern auch die Bereitschaft, die eigene Position zu hinterfragen, sich zu profilieren und aktiv einzubringen. Die BAG Queer appelliert daher an alle LSBTIQ*, unabhängig von ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität, ihre sozialen Aktivitäten über die als Community bezeichneten gleichgesinnten Kreise hinaus in die Gesellschaft einzubringen und auch selbst ein akzeptierendes und respektvolles Miteinander vorzuleben. Wir betrachten dies als wichtigen Eigenbeitrag der Community zur gesellschaftlichen Gleichberechtigung.

Die BAG Queer ist sich bewusst, dass LSBTIQ* noch immer zu häufig auf Vorbehalte in den Religionsgemeinschaften stoßen. In vielen Gemeinden der beiden großen christlichen Kirchen kann allerdings bereits heute ein Klima gegenseitiger Akzeptanz als gelebte Realität wahrgenommen werden. Zu den nicht-christlichen Religionsgemeinschaften suchen wir den Kontakt und wollen über Austausch und Begegnung die Akzeptanz fördern. Wir setzen uns für einen aktiv geführten Dialog ein. Der Vielfalt gehört die Zukunft. Beim Kampf um die besten Köpfe ist sie ein zentraler Wettbewerbsfaktor. Es bedarf daher nicht nur einer größeren Diversität, wenn dem Fachkräftemangel nachhaltig etwas entgegengesetzt werden soll, sie ist auch entscheidend bei der weiteren Modernisierung der Arbeitswelt. Gerade gemischte Teams erzielen bessere Ergebnisse.

Spannungen, Konflikte und Diskriminierung können hingegen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Die BAG Queer sieht im Öffentlichen Dienst als Arbeitgeber eine Schlüsselrolle für ein gelebtes Selbstverständnis für Vielfalt und Akzeptanz, der mit gezielten Maßnahmen noch deutlichere Signale setzen muss. Bei der Wertschätzung von Vielfalt und der Sensibilisierung für alle Beteiligten ist uns die Ungleichbehandlung und Diskriminierung von LSBTIQ* mit Behinderungen im Arbeitsleben ein besonders wichtiges Anliegen. Als BAG Queer fordern wir, dass der Bund die Schaffung eines inklusiven Arbeitsumfeldes in öffentlichen und privaten Unternehmen mit verhältnismäßigen Maßnahmen nachhaltig fördert und sie bei der Umsetzung von Diversitätsplänen unterstützt.

Vielfalt gehört heute zu unserer Gesellschaft. LSBTIQ* sind ebenso Teil dieser Vielfalt wie Menschen mit Migrationshintergrund. Beide Merkmale können sich überschneiden, aber auch in einem Spannungsverhältnis stehen. Es gibt inzwischen viel Bildungsarbeit und Anlaufstellen für LSBTIQ*, die Perspektiven von z. B. People of Color kommen dabei noch zu selten vor. Die BAG Queer unterstützt Anstrengungen, diese Perspektiven in LSBTIQ*-Strukturen und -Kontexte stärker einzubringen. Bildungsarbeit und Anlaufstellen für LSBTIQ* müssen auch immer kritisch gegenüber Rassismus sein. Diese Notwendigkeit entspricht noch nicht der Realität, weshalb wir gesamtgesellschaftlich und innerhalb der Community die Sensibilisierung für Mehrfachidentitäten, die Sichtbarkeit für queere People of Color und Menschen mit Migrationskontexten und deren Integration voranbringen wollen.

Grenzen sind jedoch für uns erreicht, wenn Vielfalt und Akzeptanz durch klischeehafte und übertriebene Aktionen oder Darstellungen ins lächerliche gezogen werden. Inszenierungen die gezielt provokativ und Effekthascherei sind – etwa bewusst provokante Aufführungen auf Kosten von Religionen, wie eine



halbnackte Darstellung des letzten Abendmahls – schaden dem Bild der Vielfalt und dem Ziel echter Gleichberechtigung. Veranstaltungen wie der CSD sind legitim, da sie ein kulturelles Gut darstellen, aber auch da sind Überspitzungen zu vermeiden. Sinn und Zweck des CSD ist Frieden, Vielfalt, Akzeptanz und Liebe zu symbolisieren, Inszenierungen sexueller Praktiken sind in einem Nacht-Club angemessen, aber nicht beim öffentlichen CSD Lauf. Gemeint sind beispielsweise etwa Hundemaske, tragen ausschließlich eines Stringtangas oder auspeitschen. Effekthascherei und ein ständiges klischeehaftes Vordrängen schaden unserem Vorhaben und sollen nicht aktiv gefördert werden.

Die BAG Queer steht für eine Gleichstellung, welche als gleichwertiger, normalen Teil der Gesellschaft begriffen wird. Gleichwertige Anerkennung bedeutet, dass homosexuelle Partnerschaften ebenso selbstverständlich integriert werden wie heterosexuelle Partnerschaften. Partnerschaften sollen unabhängig von ihrer Orientierung respektiert und ohne stereotype, gezielte Überreizung und Effekthascherei integriert werden. Die BAG Queer setzt sich für Gleichstellung und ein breites Verständnis verschiedener Lebensentwürfe ein, um die Vielfalt der Gesellschaft in einem modernen Deutschland integrativ abzubilden. Die BAG Queer fordert Anti-Diskriminierung ein, und achtet ebenso sich anti-diskriminierend zu verhalten.



6. Seniorenpolitik

Die BAG Queer tritt für Generationengerechtigkeit ein, für ein Klima des Respekts, der Toleranz und Akzeptanz und wendet sich gegen jede Form offener oder verdeckter Altersdiskriminierung. Ausgehend vom christlichen Menschenbild muss jeder Mensch die Möglichkeit haben, mit seiner sexuellen Orientierung und seinem Geschlecht in Würde altern zu können. Eine moderne und altersgerechte Seniorenpolitik beginnt mit der Beseitigung von Tabus. Einerseits gilt es anzuerkennen, dass es LSBTIQ* in der sogenannten dritten und vierten Lebensphase gibt, und andererseits, dass diese ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität nicht verstecken müssen. Daher fordert die BAG Queer Maßnahmen, die Rahmenbedingungen für gegenseitige Solidarität und Selbsthilfe schaffen und zur Teilhabe betroffener älterer Menschen an der Gesellschaft führen. Wichtig ist uns dabei auch eine aktive Gesellschaftsarbeit, die aufklärt und Akzeptanz innerhalb und zwischen den Generationen schafft. Der Staat ist verantwortlich für die Schaffung der Rahmenbedingungen. Die Verantwortung, diesen Rahmen mit Inhalten zu füllen, muss als Aufgabe der Gesamtgesellschaft und jedes Einzelnen begriffen werden.

Ein grundsätzliches Ziel bleibt für die BAG Queer, dass LSBTIQ* diskriminierungsfrei in Senioren- und Pflegeeinrichtungen leben und arbeiten können. Entscheidend dafür ist die entsprechende Ausbildung und Sensibilisierung des Personals. Die FREIEN WÄHLER, ihre Vereinigungen und Untergliederungen sind aufgefordert, eine ganzheitliche Seniorenpolitik zu betreiben, die alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, miteinbezieht. Als BAG Queer wollen wir mit der BAG-Senioren und weiteren Gruppierungen innerhalb der FREIEN WÄHLER gemeinsam die Herausforderungen des demografischen Wandels angehen. Bei der Entwicklung einer generationen- und altersgerechten Seniorenpolitik für LSBTIQ* sind die Gremien der Seniorenpolitik wie die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen sowie kommunale Gremien tatsächlich mit einzubeziehen. Insbesondere die Kommunen vor Ort sind gefordert, ältere LSBTIQ* in soziale Gemeinschaften einzubeziehen.



7. Antidiskriminierungsmaßnahmen

Über den weiteren Abbau struktureller Diskriminierungen hinaus, der dem Gesetzgeber obliegt, ist es die Aufgabe jedes Einzelnen, sich um gesellschaftliche Akzeptanz zu bemühen. Akzeptanz und gleichberechtigte Lebensführung werden durch die aktive Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Wirken erreicht. Auch in unserer offenen und liberalen Gesellschaft sehen sich viele Menschen noch immer nicht zu jeder Zeit und an jedem Ort in der Lage, zu ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität zu stehen. Sie fürchten sich vor vielfältigen Formen der Diskriminierung in allen Lebensbereichen und Benachteiligungen, die ein offenes und selbstbewusstes Leben als LSBTIQ* erschweren. Hier sieht sich die BAG Queer in der Verantwortung, am Abbau von Diskriminierungen und Benachteiligungen mitzuwirken. Obwohl die Weltgesundheitsorganisation Homosexualität 1990 aus dem internationalen Krankheitsregister gelöscht hat, gibt es immer noch Bestrebungen, gleichgeschlechtliche Liebe als medizinisches oder psychologisches Problem zu betrachten.

Und doch gibt es immer wieder Vorurteile, sei es in der Familie, im Freundeskreis oder am Arbeitsplatz. Hier gilt es, beide Seiten im Dialog zu unterstützen. Coming-Out-Gruppen sind hier ebenso wichtig wie Elternberatungsinitiativen oder ähnliche Angebote und speziell geschultes pädagogisches Personal. Unser Ziel ist es, die noch immer existierenden Vorurteile abzubauen und so eine Grundlage für ein positives, diskriminierungsfreies Miteinander aller Menschen in Deutschland zu erreichen. Der Staat ist aufgefordert, die rechtliche Gleichstellung von LSBTIQ* mit heterosexuell lebenden Menschen zu garantieren und entsprechende Hindernisse weiter abzubauen.

Die BAG Queer fordert eine adäquate Repräsentanz und Möglichkeit zur aktiven Mitbestimmung in Rundfunk- bzw. Medienräten.

Die freiwillige und unentgeltliche Blutspende ist das Fundament der Versorgung mit überlebenswichtigen Blutprodukten. Spenderinnen und Spender helfen mit ihrer Spende, Leben zu retten. Die BAG Queer stellt klar, dass die medizinische Sicherheit der gewonnenen Blutspenden und die Sicherheit der potenziellen Empfängerinnen und Empfänger höchste Priorität haben. Für ein erhöhtes Infektionsrisiko ist jedoch nicht die sexuelle oder geschlechtliche Identität eines Menschen verantwortlich, sondern das individuelle, tatsächliche Risikoverhalten, wie insbesondere ungeschützter Sexualverkehr mit häufig wechselnden Partnern. Wir fordern stets eine diskriminierungsfreie Blutspende für alle.

Das Thema Trans* muss in den ärztlichen und therapeutischen Curricula fest verankert werden. Dies gilt sowohl für die medizinische Ausbildung von Studierenden an Universitäten als auch für das Fortbildungsangebot der Ärztekammern in den Ländern. Letzteres soll insbesondere dem bestehenden Supervisions- und Fortbildungsbedarf in Arztpraxen oder anderen Institutionen in den Ländern gerecht werden.



Während erfreulicherweise das Leben für nicht behinderte LSBTIQ* immer weniger Hürden aufweist, gilt dies für diejenigen mit Behinderung erst in Ansätzen. Wenn LSBTIQ* unter sich sind, fühlen sich längst nicht alle gleichermaßen willkommen und respektiert. Das zeigt sich zum einen auf der persönlichen Ebene, im privaten Bereich, wenn zum Beispiel in Dating-Profilen klare Aussagen getroffen werden, um für sich Menschen mit Behinderung schon von vornherein bei der Kontaktsuche auszuschließen oder sie irgendwann blockiert werden. Zum anderen zeigt sich dies aber auch auf der strukturellen Ebene im öffentlichen Bereich, wenn Veranstaltungen oder Beratungsräume nicht barrierefrei zugänglich sind oder bei Veranstaltungen und Infomaterial nicht an Gebärdensprache oder Leichte Sprache gedacht wird. Die BAG Queer setzt sich daher für eine stärkere Öffnung für Menschen mit Behinderung innerhalb der LSBTIQ*-Community ein und drängt zudem auf eine gezieltere Berücksichtigung ihrer Lebenslagen und Bedarfe in der Sozial- und Behindertenpolitik.

Sportler können Höchstleistungen nur dann erbringen, wenn sie keine Angst vor Diskriminierung, u. a. durch das Team, Fans, Sponsoren und Vereine haben. Deshalb ist auf ein diskriminierungsfreies Klima in allen Bereichen des Sports hinzuwirken. Nur so kann der Sport seine große gesellschaftliche Integrationskraft voll entfalten. Die BAG Queer fordert und unterstützt Aktionen und Projekte für einen diskriminierungsfreien Sport. Alle Menschen sollen unabhängig von der geschlechtlichen Identität diskriminierungsfrei die Sportarten ausüben können, die sie möchten. Darüber hinaus fordern wir die Aufnahme von LSBTIQ*-Akzeptanz in Veranstaltungsregularien, explizit in Vergaberichtlinien. Die Verbände haben hierfür die Rahmenbedingungen zu schaffen.



8. Internationale Menschenrechte

Die BAG Queer bekennt sich zur Universalität der Menschenrechte. Sie fordert die Verteidigung und Durchsetzung dieser vor allem in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und der Europäischen Grundrechte-Charta niedergelegten Rechte durch alle staatlichen Stellen. Insbesondere das Recht auf Achtung des Privatlebens und des Familienlebens (Art. 8 EMRK), das Recht auf Eheschließung und Gründung einer Familie (Art. 12 EMRK) sowie das Diskriminierungsverbot (Art. 14 EMRK) sind zu gewährleisten. Menschenrechtsverletzungen wegen sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität sind weltweit ein Problem. Es geht um Hinrichtungen, Folter und Misshandlungen, sexuelle Übergriffe und Vergewaltigung, Missachtung der Privatsphäre, willkürliche Verhaftungen, Nichtberücksichtigung bei Stellenbesetzungen und Bildungsangeboten sowie um massive Diskriminierung in Bezug auf andere Menschenrechte.

Die Yogyakarta-Prinzipien stellen die erste systematische Gesamtschau auf die Menschenrechtsgewährleistung für LSBTIQ* dar. Sie formulieren Anforderungen, die die bestehenden und völkerrechtlich bindenden Menschenrechtsstandards in Bezug auf sexuelle Minderheiten analysieren. Als Interpretation und Ergänzung bestehender Menschenrechtsstandards und Schutzmechanismen sind sie von grundsätzlicher politischer und juristischer Bedeutung. Sie setzen damit klare Maßstäbe für eine konsequente Menschenrechtspolitik auf internationaler wie nationaler Ebene. Die BAG Queer setzt sich dafür ein, dass die Yogyakarta-Prinzipien in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik, Menschenrechtspolitik und in der auswärtigen Kulturpolitik berücksichtigt werden.



9. Aufklärung und Bildung

Zentrale Ursachen für Ablehnung und Diskriminierung wegen sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität sind meist Unwissenheit und kulturelle Prägungen. Eine objektive und umfassende Aufklärung ist daher unumgänglich. Diese beginnt bereits im Elternhaus und im sozialen Umfeld wie z. B. Kindertagesstätten, Schulen, Freundeskreise. Die Lebenswirklichkeit von LSBTIQ* wird hier vielfach vernachlässigt. Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist eine qualifizierte Aus- und Fortbildung. Um dem staatlichen Bildungsauftrag gerecht zu werden, müssen die Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt selbstverständlich, interdisziplinär und altersgerecht Eingang in alle Bildungsmedien finden.

Die BAG Queer fordert umfassende Aufklärungsprojekte an allen Bildungsstätten in Deutschland. Dazu gehören die Durchführung und Förderung entsprechender Veranstaltungen und Projekte. Diese Arbeit verstehen wir als ergänzendes Angebot, das die Bildungsstätten in keiner Weise von ihrem Bildungs- und Aufklärungsauftrag im Hinblick auf Sexualgesundheit sowie sexuelle Vielfalt und Entfaltung entbindet.

Bezugspunkte zu Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intergeschlechtlichen Menschen und Menschen mit transgeschlechtlicher Identität müssen integraler Bestandteil der jeweiligen fachlichen Aus- und Fortbildung von pädagogischen Kräften sein. Gemeinsames Ziel muss ein Klima von Respekt und Akzeptanz sein – von der Kita und der Schule bis zu beruflichen Schulen oder Hochschulen und Universitäten, in betrieblichen und schulischen Aus- und Weiterbildungsstätten sowie in Sport- und Freizeitvereinen. Insbesondere diese Orte müssen frei von Vorurteilen und Diskriminierung gegenüber LSBTIQ* sein, damit Heranwachsende, aber auch pädagogische Kräfte, in einem unvoreingenommenen Umfeld leben und wirken können. Dazu gehört für uns auch, dass diese Themen in die Sprach- und Integrationsschulungen von neu zugewanderten Menschen verpflichtend Eingang finden.

Auch in Forschung und Lehre gibt es noch Defizite in der Vermittlung von Wissen über sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität. Defizite gibt es auch bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Diskriminierungsgeschichte von LSBTIQ*.

Die BAG Queer unterstützt die Arbeit von Organisationen, die diese Themen aufarbeiten und mit unseren Zielen im Einklang stehen. Die BAG Queer fordert darüber hinaus die Unterstützung und Einrichtung von Lehrstühlen, die sich mit den Themen befassen. Die BAG Queer fordert LSBTIQ*-Gremien als Koordinierungsstellen an allen deutschen Hochschulen. Wo dies aufgrund der zu geringen Größe der Hochschule nicht möglich ist, sollen die Aufgaben von der Gleichstellungsstelle oder einer ähnlichen Einrichtung mit übernommen werden. Es ist sicherzustellen, dass die Stelleninhaber fachlich geschult sind.



10. Selbstbestimmung und Sicherheit

Wir setzen uns für eine Reform der Gesetzgebung in Bezug auf die Rechte von Menschen mit transgeschlechtlicher Identität ein. Wir wollen den Wunsch zur Selbstbestimmung der Betroffenen in den Mittelpunkt stellen. Die bisherigen gesetzlichen Regelungen haben den betroffenen Menschen zum Teil viel abverlangt und sind ihrer Lebenswirklichkeit nicht hinreichend gerecht geworden. Aus unserer Sicht ist eine qualifizierte Beratung für Eltern und Kinder nach wie vor sinnvoll. Die Bestimmungen zur Änderung des Geschlechtseintrags sollen vereinfacht und Hürden abgebaut werden. In diesem Zusammenhang befürwortet die BAG Queer die Einführung einer im Sinne der Betroffenen angemessenen und begründeten Sperrfrist nach Änderung des Geschlechtseintrags. Begleitend zur Reform der Gesetzgebung und darüber hinaus will die BAG Queer dazu beitragen, die öffentliche Aufklärungsarbeit zu intensivieren, um die gesellschaftliche Akzeptanz insgesamt zu stärken. Straftaten, die sich gegen die geschlechtliche Identität von Menschen richten, erreichen Jahr für Jahr neue Höchststände. Ein wesentlicher Gegenstand für die Diskriminierung von Personen mit transgeschlechtlicher Identität sowie intergeschlechtlicher Personen ist nach wie vor die Angabe des Geschlechts gegenüber staatlichen Institutionen. Daher fordern wir die Abschaffung der zwingenden Geschlechtsangabe in Formularen öffentlicher Einrichtungen.

Jeder muss sich in Deutschland jederzeit und überall frei bewegen können, ohne Angst vor Übergriffen und Diskriminierung haben zu müssen. Gezielte Gewalt gegen LSBTIQ* findet auch in unserer Gesellschaft statt und wird nicht immer zur Anzeige gebracht und statistisch nicht hinreichend erfasst. Die BAG Queer unterstützt alle staatlichen Anstrengungen, die auf eine effektivere Strafverfolgung von Gewaltverbrechen gerichtet sind. Darüber hinaus begrüßt die BAG Queer sämtliche Bemühungen zur Kriminalitätsprävention. Dabei muss insbesondere jenen Formen der Kriminalität entgegengewirkt werden, die in Verbindung mit LSBTIQ*-feindlichem Gedankengut Ursache für gruppenbezogene Gewalt sind. Einen wichtigen Beitrag leistet eine auf Wertevermittlung ausgerichtete, akzeptanzfördernde Erziehung in Familien, Schulen, Freizeiteinrichtungen und Religionsgemeinschaften. Letztlich trägt auch eine bürgernahe, präsente Polizei zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalttaten gegen LSBTIQ* bei. Nach wie vor bestehen seitens der Opfer Berührungängste gegenüber der Polizei. Daher ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Beratungsstellen für LSBTIQ* und den örtlichen Polizeibehörden unverzichtbar. Diese Zusammenarbeit möchte die BAG Queer fördern. Darüber hinaus unterstützen wir die bundesweite Etablierung hauptamtlicher Ansprechpersonen für LSBTIQ* in den Landespolizeibehörden und Polizeidienststellen vor Ort sowie in den Staatsanwaltschaften. Die BAG Queer unterstützt zudem Maßnahmen zur Prävention, Strafverfolgung und zum Opfer- und Gewaltschutz sowie Maßnahmen gegen LSBTIQ*-feindliche Hasskriminalität in den Aktionsplänen des Bundes und der Länder. Von der Politik fordern wir darüber hinaus ein stringenteres Vorgehen gegen das immer stärker werdende Problem von Anfeindungen und Hassrede in den verschiedenen Formen der sozialen Medien. Es darf kein durch Hasspropaganda geprägtes gesellschaftliches Klima entstehen. Eine besondere Chance ist die wachsende Vielfalt, die von gesellschaftlichen Gruppen wie der LSBTIQ*-Community einen Beitrag leistet. LSBTIQ* sind zu einem wichtigen Faktor von Erneuerung und Innovationskraft geworden.



11. Europapolitik

Europäische Einheit bedeutet Einheit in Vielfalt. Sie fördert Toleranz, Akzeptanz und Respekt gegenüber anderen Menschen. Europa lebt vom kulturellen Reichtum und der Fülle der Traditionen in den Ländern und Regionen. Dazu muss sich Deutschland stärker dazu einsetzen.

Wenngleich in der EU in den letzten Jahren Fortschritte bei der Gleichstellung von LSBTIQ* erzielt wurden, werden diese nach wie vor diskriminiert. In Teilen der EU gibt es auch einen besorgniserregenden Trend zu häufigeren Anti-LSBTIQ*-Vorfällen oder dem Abbau und der Behinderung von LSBTIQ*-Rechten. Die Europäische Union muss bei den Bemühungen um einen besseren Schutz der Rechte von LSBTIQ* an vorderster Front stehen. Die von der EU verfolgte Strategie befasst sich mit den Ungleichheiten und Herausforderungen, mit denen LSBTIQ* konfrontiert sind, und enthält eine Reihe gezielter Maßnahmen einschließlich rechtlicher und finanzieller Art für die kommenden Jahre. Die Strategie soll außerdem sicherstellen, dass LSBTIQ*-Anliegen in der Politikgestaltung der EU angemessen berücksichtigt werden.

Unter anderem sieht die Strategie vor, die Liste der EU-Straftaten um hassmotivierte Straftaten, einschließlich homophober Hetze und Hassdelikte, zu erweitern. Außerdem sollen neue Rechtsvorschriften für die gegenseitige Anerkennung und den Schutz von Partnerschaften, Ehe und Elternschaft in den EU-Mitgliedstaaten etabliert werden.

Unterschiedliche Traditionen dürfen nicht als Vorwand dienen, Grund- und Menschenrechte einzuschränken. Gerade LSBTIQ* werden in einigen Ländern ihre Rechte verwehrt. Diskriminierungen haben in Europa keinen Platz! Die BAG Queer fordert, dass der individuelle Lebensentwurf eines jeden Menschen in allen EU-Staaten respektiert und gefördert wird. Eine vollständige Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien muss Voraussetzung für jeden Beitritt sein.